



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Christoph Rabenstein, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch SPD**

Verladestationen müssen erhalten bleiben – Ländlichen Raum nicht weiter ausbluten lassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, deutlich Stellung gegen die Pläne der DB Cargo zu beziehen und Einfluss zu nehmen, damit eine Schließung der 32 gefährdeten Verladestationen in Bayern verhindert wird.

Begründung:

Aus einer Pressemitteilung der DB Cargo geht hervor, dass das Unternehmen plane, insgesamt 215 Verladestationen bundesweit zu schließen. 154 weitere seien gefährdet. Für Bayern bedeutet das: Die Bahn will spätestens im nächsten Jahr 32 der rund 210 Verladestationen im Freistaat schließen. Auf den Bedienbereich München entfallen demnach 15 Schließungen, der Bedienbereich Nürnberg wird von 17 Schließungen betroffen sein. Als Alternative nennt die Deutsche Bahn unter anderem eine „Verlagerung auf Lkw“.

- Schaden für den ländlichen Raum:

Mit der Schließung von Verladestationen würde sich die Deutsche Bahn mit seiner Tochter DB Cargo aus vielen strukturschwachen Regionen komplett zurückziehen. Wenn die Pläne umgesetzt werden, bedeutet das einen weiteren herben Schlag für den ländlichen Raum, der bereits seit vielen Jahren mit strukturellen Problemen zu kämpfen hat. Wirtschaftlich verlieren die Gebiete, die von der Schließung betroffen sind, deutlich an Attraktivität für dortige Unternehmen, aber auch für Firmen, die Interesse an einer Ansiedlung haben. So wird der ländliche Raum weiter unattraktiver für Unternehmen. Im Falle von Schließungen wären sie gezwungen, ihre Güter selbst (z.B. per Lastwagen) zur nächstgrößeren Verladestation zu bringen. Das schadet der Wirtschaft, die durch ei-

ne schlechtere Verkehrsanbindung einen erheblichen Standortnachteil erleidet.

- Verlagerung auf Lkw ist keine Alternative:

Je weniger Verladestationen, desto weniger Anbindung gibt es, desto weniger Güter kommen auf die Schiene. Statt weniger Verladestationen und Anschlüsse sollte es verkehrspolitisch das Ziel sein, mehr Güter auf die Schiene zu bringen. Der Standortnachteil wirkt sich direkt auf den Güterverkehr aus, der nicht mehr über die Schiene, sondern nur noch über die Straße verlaufen wird. Bereits 73 Prozent des Warenverkehrs läuft derzeit über den Straßenweg, lediglich 18 Prozent über die Schiene. Bei Wegfall weiterer Verladestationen der DB Cargo steigt die Gefahr, dass noch mehr Unternehmen ihren Güterverkehr künftig per Lkw transportieren werden. Laut der Aussage von Frank Hauenstein, Geschäftsstellenleiter bei der Bahn-Gewerkschaft EVG, bedeute allein die geplante Schließung der Verladestelle Ansbach ein Mehraufkommen von rund 5.000 Lkw im Jahr auf den Straßen. Die bisher ohnehin schon bestehende erhebliche Belastung von Bundes-, Kreisstraßen und Autobahnen durch Lkw wird hier demnach noch stärker werden.

- Höhere Umweltbelastung durch Verlagerung:

Eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Schiene auf die Straße in den von den Plänen betroffenen Gebieten bedeutet nicht nur eine erhebliche Mehr-Belastung für den Straßenverkehr, sondern auch für die Umwelt. Im Gegensatz zum Lkw-Verkehr verbrauche der Schienen-Güterverkehr nur ein Drittel der Energie pro transportierter Tonne und verursacht im Durchschnitt nur ein Fünftel der CO₂- und ein Zehntel der Stickoxid-Emissionen.